

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit sichern:

Ausbildungs- und Qualifizierungsstrategie für das Land Bremen

Ausbildung und Qualifizierung sind entscheidend, wenn es um eine Positionierung am Arbeitsmarkt geht. Eine gute berufliche Ausbildung und Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung sind damit die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Zudem ist das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau der Bevölkerung für die Zukunftsfähigkeit des Landes Bremen elementar.

Der demografische Wandel, die steigenden beruflichen Anforderungen, die kommenden Digitalisierungsprozesse und die zunehmende internationale Arbeitsteilung führen dazu, dass gut ausgebildete Fachkräfte wesentliche Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg sein werden.

Die Sicherung eines qualitativ hochwertigen *akademischen, dualen und schulischen* Aus- und Weiterbildungsangebots muss deshalb im Zukunftskonzept des Landes Bremen einen herausragenden Schwerpunkt bilden. Die Umsetzung einer umfassenden Ausbildungs- und Qualifizierungsstrategie benötigt Impulse aus allen drei Perspektivgruppen.

Qualifizierung

Die bildungspolitische Debatte ist in den letzten Jahren vor allem mit Blick auf den Ausbau der frühkindlichen Bildung und der qualitativen Weiterentwicklung des Schulsystems geführt worden. Eine Ausbildungs- und Qualifizierungsstrategie für das Land Bremen beginnt zwar im KITA-Bereich, endet aber nicht am Schultor. Gerade die berufliche und die akademische Bildung müssen in den Blick genommen werden. Daraus ergeben sich folgende Handlungsnotwendigkeiten:

- ▶ **Berufsschulen stärken**
Das duale Berufsbildungssystem in Deutschland lebt von der Lernortkooperation Betrieb/Schule. Damit das System der Berufsschule seine Aufgaben umfassend und vor dem Hintergrund technischer Innovationen, der Anpassung von Berufsbildern und zunehmender Heterogenität der Lerngruppen wahrnehmen kann, bedarf es eines stetig weiterentwickelten Angebotes und einer guten Ausstattung. Derzeit gibt **das Land Bremen für berufliche Schulen je Schüler/in 1.000 Euro weniger aus als der Stadtstaat Hamburg. Diese Ausstattungslücke muss geschlossen werden.**
- ▶ **Flankierendes Unterstützungssystem im Berufsbildungssystem einführen**
Am Lernort Berufsschule müssen Möglichkeiten zum Nachholen von Allgemeinbildung, Spracherwerb, vertiefende Lernphasen, Förderunterricht und Schulsozialarbeit zum Standard werden. Damit muss **im Berufsbildungssystem ein drittes Element hinzukommen, das ein flankierendes System leicht zugänglicher**

Beratung und Unterstützungsangebote für Jugendliche und Betriebe beinhaltet. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe würde größer werden, mehr und auch leistungsschwächere Jugendliche könnten einen Berufsabschluss erreichen und als gut ausgebildeter Nachwuchs die Personalbedarfe der Betriebe decken.

- ▶ Schulische Berufsausbildungen dualisieren und Schulgeldfreiheit komplettieren
Schulisch ausgebildete Berufe sollen weitestgehend in das duale System überführt beziehungsweise herangeführt werden. In Bremen ist dies gelungen bei der Altenpflege (finanziert durch ein Umlagesystem) und steht auf der Tagesordnung bei den sozialpädagogischen Fachberufen (Sozialassistent, Erzieher/in, Heilerziehungspflege). Auch bei einem Teil der bundesgesetzlich geregelten Gesundheitsfachberufe ist der Schritt bereits vollzogen (Gesundheits- und Krankenpflege), während bei den therapeutischen Gesundheitsfachberufen (Ergo-, Logo-, Physiotherapie etc.) sogar ein Schulgeld fällig wird. **Wo landesrechtlich eine Überführung in eine duale Ausbildung nicht möglich ist, muss die Schulgeldfreiheit realisiert werden.**
- ▶ Angebote berufsbegleitenden Studierens ausbauen und gebührenfrei anbieten
Die erweiterten Hochschulzulassungsregelungen für Studierende ohne Abitur haben bisher nicht zu einer erhöhten Teilnahme beruflich Qualifizierter geführt. An den staatlichen bremischen Hochschulen gibt es bislang nur einen Bachelorstudiengang im berufsbegleitenden Format. **Ziel muss sein, mehr berufsbegleitende Bachelorstudiengänge zu entwickeln, zu fördern und gebührenfrei anzubieten.** Die Finanzierung von berufsbegleitenden Masterangeboten erfolgt im Vergleich zu konsekutiven Masterstudiengängen über Teilnahmeentgelte, was insbesondere Geringverdiener/ innen vom Masterstudium abhält. **Der erste Masterabschluss sollte deshalb für alle gebührenfrei angeboten werden.**
- ▶ Studienberatung ausweiten und ausdifferenzieren
Der Bedarf nach einer Beratung während des Studiums ist in den letzten Jahren gewachsen, da die Gruppe der Studierenden heterogener geworden ist. Handlungsbedarf zeigt sich an der hohen Abbrecherquote und aus regionalwirtschaftlicher Perspektive: der Output des Wissenschaftssystems gemessen an produzierten Abschlüssen kann durch ein breites und ausdifferenziertes Beratungsangebot insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich ausgebaut werden. Dies würde auch die Versorgung mit Fachkräften in der Region verbessern. **Daher müssen die Angebote der Studienberatung ausgeweitet und ausdifferenziert werden, um den spezifischen Bedarfen der Studierenden gerecht werden zu können.**
- ▶ Masterstudienangebote mit Bezug auf Wirtschaftsstruktur ausbauen
An der Universität und den Hochschulen Bremen und Bremerhaven gibt es 114 Bachelorstudiengänge mit 20.974 Studierenden. Masterstudiengänge gibt es dagegen 84 mit aktuell 5.432 Studierenden. **Um junge und gut ausgebildete Menschen im Land Bremen zu halten oder junge Menschen für ein Masterstudium in Bremen zu gewinnen, muss das Angebot an Masterstudienplätzen**

ausgeweitet werden. Diese Ausweitung sollte verknüpft werden mit einer zukunftsorientierten Wirtschaftsstruktur nach regionalen Bedarfen, in der die wissensbasierten Dienstleistungen einen Schwerpunkt bilden. (s.u.)

- ▶ Arbeit der Zukunft gestalten: „Beschäftigung und Innovation im digitalen Wandel“

Durch ein Programm „Beschäftigung und Innovation im digitalen Wandel“ sind die Betriebe und die Beschäftigten bei der Anpassung der Qualifikationen oder des Geschäftsmodells aufgrund des digitalen Wandels zu unterstützen und damit nachhaltig Beschäftigung zu sichern. In einem moderierten Prozess zwischen Betriebsräten und Unternehmensleitungen können ein Digitalisierungs- und Automatisierungsmonitoring im Betrieb durchgeführt, notwendige Veränderungen von Qualifikationen und Geschäftsmodellen ermittelt und Rückschlüsse aus den betrieblichen Einzelbefunden auf Branchen und den regionalen Arbeitsmarkt gezogen werden. **Damit verbindet dieses Programm ein Digitalisierungs- und Automatisierungsfrühwarnsystems mit der Entwicklung eines passgenauen betrieblichen (Personal-/Organisationsentwicklung) und überbetrieblichen Instrumentenkastens und könnte Bestandteil einer neuen, arbeitnehmer- und arbeitsorientierten Wirtschaftsförderung sein.**

- ▶ Lebenslanges Lernen durch politische, allgemeine und berufliche Erwachsenenbildung

Angebote der politischen, allgemeinen, kulturellen und beruflichen Erwachsenenbildung sind wesentlich, um den Herausforderungen in einer globalisierten und digitalisierten Welt begegnen und auf Veränderungen reagieren zu können, Zusammenhänge zu verstehen, Lernprozesse einzuleiten und Kompetenzen zu erweitern. Sie sind für eine demokratische und sich weiter entwickelnde Gesellschaft von großer Bedeutung. **Weiterbildung ist im Sinne des Bremer Weiterbildungsgesetzes „ein eigenständiger, mit Schule, Hochschule und Berufsausbildung gleichberechtigter und verbundener Teil des Bildungswesens in öffentlicher Verantwortung“ und deshalb langfristig mit den notwendigen staatlichen Mitteln zu sichern.**

Stadtentwicklung

Neben qualitativ hochwertigen und quantitativ ausreichenden und zugänglichen Aus- und Weiterbildungsangeboten sowie einer hierfür notwendigen modernen baulichen und technischen Infrastruktur geht es darum, diese Angebote mit den vielfältigen Lebenswelten in den Stadtteilen zu verknüpfen. So können unterschiedliche Zielgruppen erreicht und gleichzeitig die Orte der Ausbildung und Qualifizierung als Anker und infrastrukturelle Knotenpunkte der Stadt- und Stadtteilentwicklung genutzt werden. Mit der zunehmenden Bedeutung von Wissen, Kreativität und der Konkurrenz um qualifizierte Fachkräfte spielen das Image des Standortes, ein attraktives Arbeitsumfeld und die räumliche Nähe zu Hochschuleinrichtungen und urbanen Milieus eine immer wichtigere Rolle. Daraus ergeben sich folgende Handlungsnotwendigkeiten:

- ▶ Urban-produktive Stadtquartiere weiterentwickeln und Zukunftsquartiere vorantreiben
Eine urban-produktive Stadt beruht auf einer stärkeren Nutzungsmischung von Wohngebieten, Gewerbeflächen, Bildungsorten und Kulturstätten. **Stadtentwicklung, Wirtschafts- und Forschungsförderung müssen miteinander verzahnt werden, um bei der Akquisition wissensintensiver Dienstleister erfolgreich zu sein.** Urbanität im Sinne von Dichte und Funktionsmischung (Arbeit, Wohnen, Freizeit, Kultur) wird für Gewerbestandorte wie für Wohnquartiere immer wichtiger. Solche vielfältig genutzten Stadtquartiere des Wohnens, der Arbeit sowie der Ausbildung und Qualifizierung lassen sich zum einen aus dem Bestand heraus entwickeln. Sie müssen preisgünstig und niedrighschwellig in Gründerzentren, Werkhöfen und „Nischen“ urbane Produktion, Handwerk, Kleingewerbe und migran-tische Ökonomie ermöglichen. **Solche urbanen Quartiere sind nicht länger lediglich Wohn- und Lebensorte sondern werden auch Arbeitsorte, an denen zukunftssträchtige Arbeitsplätze entstehen.** Neben der Entwicklung aus dem Bestand heraus müssen außerdem zusätzliche Flächen für gemischte Zukunfts-quartiere ausgewiesen werden. Hier können öffentlich geförderte Infrastrukturen zur Vernetzung von Wissenschaft und Unternehmen wichtige Impulse für die Flächenentwicklung geben. **Technologische Schwerpunktsetzungen in Verbindung mit Forschungseinrichtungen, Bildungsstätten oder Gründerzentren können zu einem „Kern“ für die Entwicklung urban-produktiver Quartiere mit Dienstleistungen und wohnortnahem Gewerbe werden.**
- ▶ Integrierte Wohnraumentwicklung für Auszubildende und Studierende
Der bremische Wohnungsmarkt ist weiterhin sehr angespannt, es fehlt unter anderem auch an günstigem Wohnraum für Menschen während der beruflichen oder akademischen Erstausbildung. Daher sind die aktuellen Initiativen zur Erweiterung studentischen Wohnraums ebenso zu begrüßen wie die erstmalige Adressie-rung des Wohnraumbedarfs von Auszubildenden. **Die Ausweitung studentischen Wohnraums und Wohnraums für Auszubildende gilt es in das Leitbild gemischter Quartiersentwicklung zu integrieren und die Orte des Wohnens mit der Ausbildungs- und Qualifizierungsinfrastruktur zu verknüpfen.**

Infrastruktur

In modernen Gesellschaften verschieben sich die Anteile von Wertschöpfung und Beschäfti-gung zunehmend vom Produktions- hin zum Dienstleistungssektor. Insbesondere in groß-städtischen Räumen entstehen damit eigenständige Wachstums- und Beschäftigungsimpulse in den wissensintensiven und den personenbezogenen Dienstleistungen, die es zu nutzen und bei der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur zu beachten gilt. Das Verständnis von Infrastruktur muss auch als Wissensinfrastruktur gedacht werden. Daraus ergeben sich folgende Handlungsnotwendigkeiten:

- ▶ Programm zur Modernisierung der Berufsschulen aufsetzen
Durch die zunehmende Akademisierung darf die Infrastruktur für qualifizierte Facharbeit nicht vernachlässigt werden. Seröse Projektionen gehen von einem künftigen Mangel auf der Ebene des Fachkräfteniveaus aus. Berufsschulen müssen

deshalb als attraktive Lernorte positioniert werden: moderne Gebäude, schnelles WLAN in jedem Klassenraum und soziale Infrastrukturen wie Mensen und Wohnheime sind dann ebenso Standard wie Beratungsangebote. **Ein Programm zur Modernisierung der Berufsschulen muss Investitionen in Gebäude und soziale Infrastruktur ebenso berücksichtigen wie die technische Modernisierung und Ausstattung** (s.a. Qualifizierung: Berufsschulen finanziell stärken und Flankierendes Unterstützungssystem im Berufsbildungssystem einführen).

- ▶ **Hochschulausbau und –sanierungsprogramm intensivieren**
Der Mittelbedarf für strategische Neubauten einschließlich der Grundsanierungen im Wissenschaftsbereich beläuft sich nach einem Bericht der Senatorin für Wissenschaft vom Oktober 2017 auf mehr als eine halbe Milliarde Euro. Es erfolgte eine Priorisierung der Sanierungsbedarfe nach größter Dringlichkeit bis 2030. Der Bau von zusätzlichen Lehrgebäuden wird an das Ende der Prioritätenliste verschoben. **Da eine weitere Überlastung der Räume die Qualität eines Studiums und damit die Attraktivität des Ausbildungsstandorts Bremen mindert, ist das Sanierungsprogramm auszuweiten und der Raumbedarf stärker zu berücksichtigen.**
- ▶ **Bremische Förderpolitik auf wissensintensive Dienstleistungen erweitern**
Der Anteil der sogenannten „wissensintensiven Dienstleistungen“ ist in Bremen und Bremerhaven gravierend niedriger als in den anderen Städten. Diesem Manko müssen auch Gewerbeflächenpolitik und eine moderne Wirtschaftsförderung Rechnung tragen. **Die bestehenden Cluster müssen sinnvoll ergänzt werden. Wissensintensive Dienstleistungen sollten nicht nur als abgeleitete Bereiche wahrgenommen werden. Die Zukunftsthemen Gesundheit und Mobilität müssen dabei eine besondere Bedeutung erfahren.** U.a. sind hier auch die Verbindungen zu neuen (s.a. Qualifizierung: Masterstudienangebote mit Bezug auf Wirtschaftsstruktur ausbauen) und alten Studiengängen zu intensivieren und der Wissenstransfer zu gestalten (z.B. zur Digitalisierung der Gesundheitswirtschaft).
- ▶ **Gründungsförderung durch Beratung forcieren**
Die Aktivitäten im Rahmen der Gründungsförderung entfalten ihre Wirkung oftmals erst mittel- und langfristig. Deshalb ist eine überperiodische Evaluation des neuen Starthaus angezeigt. Damit verbunden ist ein Monitoring, das neben quantitativen auch qualitative Kennzahlen ausweist, um ein umfassendes Gesamtbild der Gründungssituation darzustellen und die Erreichung politisch formulierter Ziele auszuweisen. **Bei der Gründungsberatung muss auch der Aspekt attraktiver Arbeitsbedingungen zur Fachkräftegewinnung eine Rolle spielen, um mit der Gründungsförderung einen Beitrag für gute Arbeit zu leisten.**